



## **Präsident Trump, der Umbau der liberalen Weltwirtschaftsordnung und die transatlantischen Beziehungen**

*Eine aktuelle politikwissenschaftliche Einschätzung*

Christian Tuschhoff

### **Einleitung<sup>1</sup>**

Die Entscheidungen der Trump-Administration stellen eine bedeutsame Zäsur in der Geschichte amerikanischer Außenpolitik dar. Präsident Donald Trump sorgt international für erhebliche Verunsicherung darüber, ob die USA noch bereit sind, die von ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene liberale Weltordnung aufrechtzuerhalten (Rohr/ Schult 2018). Das Leitmotiv amerikanischer Außenpolitik unter Trump – *America First* – deutet darauf hin, dass die USA sich nicht mehr für die Aufrechterhaltung einer alle Staaten begünstigenden liberalen Weltordnung einsetzen und engagieren wollen, sondern ihre Machtressourcen dazu nutzen werden, ausschließlich eigene oder nationale Interessen durchzusetzen (Ikenberry 2011; 2017; Ikenberry/ Slaughter 2006).<sup>2</sup>

Damit entsteht für die bisherigen Profiteure und Trittbrettfahrer der liberalen Weltordnung ein doppelter Schaden: Erstens, sie profitieren nicht länger davon, dass die USA die Grundlagen dieser Ordnung kostenlos bereitstellen. Wenn andere Staaten an der Ordnung festhalten und profitieren wollen, müssen sie diese Grundlagen selbst herstellen und dafür die Kosten übernehmen. Außerdem müssen sie sich zweitens dann

gegen amerikanische Machtausübung wehren, wenn diese ihren Interessen zuwiderläuft.

Zwei wesentliche Maßnahmen der Trump-Administration kennzeichnen die neue Herangehensweise an Außenwirtschaftspolitik. Zum einen verhängte der Präsident Zölle auf Importe von Stahl und Aluminium langjähriger Wirtschaftspartner wie Europa oder Kanada und drohte an, diese auf andere Produkte wie Automobile auszudehnen, wenn die betroffenen Staaten mit Vergeltungsmaßnahmen antworten sollten (Felbermayr 2018; Felbermayr/ Sandkamp 2018). Zum anderen setzte Trump die Sanktionen gegen den Iran wieder in Kraft, die im Zuge des Nicht-Weiterverbreitungsabkommen mit Iran ausgesetzt worden waren. Als sogenannte sekundäre Sanktionen<sup>3</sup> trifft diese Maßnahme auch nichtamerikanische Unternehmen und Banken, die Geschäfte mit Iran betrieben (International Institute For Strategic Studies 2018).

Die Ausübung von Macht ist *nicht* das neue Element amerikanischer Außenpolitik unter Trump. Neu ist dagegen, dass diese Macht nicht – wie bisher – zur Aufrechterhaltung der liberalen Weltordnung, sondern zur ausschließlich einseitigen Interessendurchsetzung genutzt wird. Trump<sup>4</sup> bezweifelt, dass die Aufrechterhaltung der Welt-

<sup>1</sup> Für äußerst wertvolle Hinweise und Kommentare zu früheren Entwürfen danke ich besonders Jakob Schissler und Karsten Zimmermann. Schwächen und Fehler liegen ausschließlich in meiner eigenen Verantwortung.

<sup>2</sup> Für deutsche Wirtschaftseliten ist dieser Sachverhalt vor allem dadurch spürbar, dass sie die USA nach einem Jahr Donald Trump insgesamt für geschwächt halten, gleichzeitig aber mehrheitlich die Auffassung vertreten, die amerikanische Wirtschaft sei gestärkt worden (Hig 2018).

<sup>3</sup> Unter sekundären Sanktion versteht man, dass ein sanktionierender Staat die wirtschaftliche Betätigung auch von solchen Akteuren beschränkt, die nicht seiner territorialen oder persönlichen Jurisdiktion unterliegen, aber damit begründet werden, dass sie im Zielstaat der Sanktionen investieren oder dort Handel betreiben (Balan 2013; Fabre 2016; Tehrani 2016).

<sup>4</sup> Für eine ausgezeichnete Analyse der persönlichen Sichtweise der Weltpolitik von Donald Trump siehe Wolf (2017).

ordnung ein eigenständiges oder sogar übergeordnetes amerikanisches Interesse darstellt (Böller/ Hagemann 2017).

Deshalb stellt sich die Frage, aus welchen Gründen Trump von der seit Jahrzehnten geübten Praxis amerikanischer Außenpolitik Abstand nimmt und welche Triebkräfte sich hinter diesem Kurswechsel verbergen. Außerdem wird gefragt, welche Folgen der Kurswechsel für Bestand und Wirksamkeit der liberalen Weltwirtschaftsordnung zeitigen wird.

Der Anlass für die folgenden Ausführungen war die Debatte über amerikanische Außenwirtschafts- und Handelspolitik bei der Konferenz des *American Institute for Contemporary German Studies*, und des *German Marshall Fund* mit dem Titel *The Imprint of Trumpism. Exploring Conservative America*, die am 11. Juni 2018 in Berlin stattfand. Dort trug Michael Stumo, *CEO and President* der *Coalition for a Prosperous America*, die außenwirtschaftspolitische Agenda seiner Organisation vor, deren Denkweise und Stoßrichtung von der Trump-Administration offenkundig geteilt wird.

Die Argumentationslogik konservativer Kreise in Amerika zur Außenwirtschaftspolitik wird jedoch nicht oder nur unvollständig nach Europa transportiert, um zunächst richtig verstanden werden zu können. Eine ertragreiche und konfliktentschärfende transatlantische Debatte über Außenwirtschaftspolitik und die liberale Weltordnung setzt jedoch voraus, dass die jeweils vorgebrachten und handlungsleitenden Argumente richtig verstanden werden, ohne dass man sie selbst teilen muss.<sup>5</sup>

Im Folgenden wird deshalb zunächst die Argumentation der *Coalition for a Prosperous America* vorgestellt und anschließend im Hinblick auf ihre Folgen für die

Außenwirtschaftspolitik und den Fortbestand der liberalen Weltwirtschaftsordnung sowie für Europa interpretiert und diskutiert.

### Die Argumentation

Michael Stumo stellt einen interessanten Zusammenhang zwischen internationalen Wirtschaftsbeziehungen (Handel und Währung) einerseits und deren Kosten-Nutzen Verteilung auf einzelne gesellschaftlichen Gruppen in den USA andererseits her. Er verteidigt im Wesentlichen die Verhängung von amerikanischen Zöllen gegen Staaten mit Exportüberschüssen. Noch wesentlicher sei jedoch, dass die Überbewertung des US-Dollars gegenüber anderen Währungen wie z.B. dem Euro eine Form von Ungerechtigkeit darstelle, die die USA und insbesondere das produzierende Gewerbe sowie die dort Beschäftigten drastisch benachteilige. Die ausländischen Währungen seien seit langer Zeit unter- und der US-Dollar überbewertet. Seine Organisation schlägt deshalb ein Gesetz vor, mit dem die Überbewertung des Dollars verringert werden würde (*Coalition for a Prosperous America* 2018a; b).<sup>6</sup>

Die Handelsbeziehungen verortet Stumo auf drei Ebenen (Stumo/ Ferry 2018).

1. Das Handels**volumen** werde vom globalen Wirtschaftswachstum verursacht.
2. Das Handels**(un)gleichgewicht** sei eine Folge der Fehlausrichtung (*misalignment*) von Wechselkursen, d.h. der Über- und Unterbewertung von Währungen.
3. Die **Zusammensetzung** von Außenhandel sei das Ergebnis von Zöllen, komparativen Vorteilen, Industriepolitik, Subventionen,

<sup>5</sup> Zu den Voraussetzungen einer der deliberativen Demokratie förderlichen Debattenkultur vergleiche Tuschhoff (2015a) Kemmann (2013).

<sup>6</sup> Zu den internationalen Folgen einer kompetitiven Währungspolitik vergleiche. z.B. Ahamed (2011).

technologischem Fortschritt, oder Handelsabkommen.

Sein Gesprächspartner, Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft, hielt ihm entgegen, dass seine wirtschaftliche Analyse zu eng gefasst und ausschließlich auf die Handelsbilanz fokussiert sei, die in der Tat unausgeglichen ist. Eine vollständige Analyse und Bilanzierung transatlantischer Wirtschaftsbeziehungen müsse jedoch die Kapitalbilanz und die Bilanz von Dienstleistungsaustausch einbeziehen. Sowohl die Dienstleistungsbilanz als auch die Kapitalbilanz weise ein Ungleichgewicht zugunsten der USA auf (Diermeier/ Hüther/ Jung 2018; Felbermayer/ Südekum 2018; Felbermayr/ Braml 2018; Hüther 2018; Jung 2018).

Die Ungleichgewichte der verschiedenen Bilanzen sei das Ergebnis unterschiedlicher Geschäftsmodelle der verschiedenen Staaten, die sich historisch entwickelt hätten und deshalb pfadabhängig seien. Die USA hätten ein erhebliches Defizitproblem mit China aber nicht mit Europa (Diermeier/ Hüther/ Jung 2018).

In seiner Erwiderung verwies Stumo darauf, dass die ungleiche Kapitalbilanz der USA keinerlei Wohlstand erwirtschaftete.<sup>7</sup> Die Vorteile gingen ausschließlich an reiche Finanzinvestoren (*Wall Street*). Die breitere amerikanische Bevölkerung (*Main Street*) profitiere nicht von dieser unausgewogenen Kapitalbilanz. Finanzbeziehungen generierten keinen gesellschaftlichen Wohlstand, das geschehe nur durch Produktion.

Die deutsche Exportindustrie baue ihren Erfolg (einschließlich einer guten Beschäftigung) auf einem stark unterbewerteten Euro auf. Deutschlands internationale Wettbewerbsfähigkeit profitiere sehr von der wirtschaftlichen Schwäche anderer Staaten im Euro-Raum, weil der Wert des

Euro auch deren Wirtschaftsleistung widerspiegele. Der Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar untergrabe die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer Produzenten und verringere die Beschäftigung in den USA. Es entstehe ein gesellschaftlicher Wohlstandsverlust.

Allgemein zeigte sich Stumo skeptisch gegenüber freiem Welthandel. Es sei ein Mythos, dass freier Welthandel zu größerem Wohlstand führe. Kein einziges Land habe sich jemals dadurch wirtschaftlich entwickelt, dass es freien Handel in Reinform zugelassen habe. Wirtschaftliche Entwicklung habe immer auf protektionistischen Maßnahmen und selektiv gestalteten Wirtschaftsbeziehungen beruht.

### Interpretation und Diskussion

Die von Michael Stumo vorgetragene Argumentation ist nach meiner Kenntnis in der deutschen Debatte über die transatlantischen Handelsbeziehungen nicht oder allenfalls ausschnittsweise zu finden. Insofern ist diese Debatte bedauerlicherweise unvollständig. Medien werden offenbar ihrer Aufgabe nicht hinreichend gerecht, die Argumente von Beteiligten an einer konfliktgeladenen Debatte wirklichkeitsgetreu zu vermitteln.

Die Argumente sind aus einer Reihe von Gründen wichtig und politikwissenschaftlich erhellend:

**Innenpolitischer Machtwechsel.** Sie zeigen, wie der Machtwechsel in den USA als innenpolitisch-demokratisches Ereignis zu einer Veränderung der Außenwirtschaftspolitik führte. Denn die bislang in diesen Beziehungen dominante Gruppe – die Republikanische Partei geprägt von Freihandelsbefürwortern; Dienstleistungssektor; Finanzdienstleistungssektor (*Wall Street*) - wurde abgelöst von Unternehmern und Beschäftigten des produzierenden

<sup>7</sup> Dieses Argument schließt an die eher von der Linken vorgetragene, moderne Kapitalismuskritik an der sogenannten Finanzialisierung der Weltwirtschaft an, die jedoch viel

umfangreicher und komplexer angelegt ist (Davis/ Walsh 2017; Davis/ Williams 2017; Heires/ Nölke 2014; Maclean/ Harvey/ Kling 2017).

Gewerbes (*Main Street*). Sie sind ein bestimmender Teil der Trump Wählerschaft (*the base*) und sehen sich als Globalisierungsverlierer. Für diese neue und innenpolitisch dominante Gruppe bietet die Außenwirtschaftspolitik Trumps ein zielgerichtetes Politikangebot. Dabei ist unbestritten, dass die neuen Zölle national wie international Gewinner und Verlierer hervorbringen wird. Es gibt allerdings erhebliche Skepsis, ob dadurch in der amerikanischen Stahlindustrie eine signifikante Beschäftigung entsteht, die sich auch politisch für die Trump-Administration auswirken würde (Alanis et al. 2018b).

Die Argumentation verweist darauf, dass die Formel *America First* nicht ethnisch-national oder patriotisch interpretiert werden sollte, sondern auf die Klientelpolitik der Trump-Administration hinweist, die ein Angebot an ihre Kernwählerschaft macht. Amerika in *America First* ist Trumps Wählerschaft, nicht die Nation als Ganzes.

**Innenpolitische Konfliktstruktur.** Die Argumentation zeigt weiter, dass gesellschaftliche Konfliktlinien wie Ideologie (links-rechts; liberal-konservativ) oder der ursprüngliche Klassenbegriff (Arbeit vs. Kapital) den aktuellen sozialen und politischen Konflikt in der amerikanischen Gesellschaft nicht mehr zutreffend beschreiben. Der Konflikt besteht stattdessen zwischen einer bisher die Außenwirtschaft dominierenden Elite und der (zuvor) im produzierenden Gewerbe tätigen Unternehmen und ihrer Arbeiterschaft, die sich als Opfer der bisherigen Politik begreifen (Autor/ Dorn/ Hanson 2013; 2016). Sie betreiben den Konflikt „von unten“. Aber die Industriearbeiterschaft ist nur ein Ausschnitt der

Arbeiterklasse, die offenbar auch nicht mit anderen sozialen Gruppen koalitiert.

**Neues Entwicklungsmodell.** Der Umschwung in der amerikanischen Außenwirtschaftspolitik ist beachtlich, denn bislang wurde die Auffassung vertreten, dass Deindustrialisierung und Fokussierung auf ertragreiche Dienstleistungen ein besonders wohlstandsschaffender Modernisierungsschritt sei, den auch andere insbesondere - fortgeschrittene - Industriegesellschaften nachvollziehen sollten oder müssten. Diese Denkweise wird nun umgekehrt, denn nur Industrieproduktion sei wohlstandsmehrend insbesondere für die von der Globalisierung hart getroffene Industriearbeiterschaft.

**Soziale Quellen der Außenwirtschaftspolitik.** Die Internationale Politische Ökonomie hat auf die kausale Bedeutung des Austauschs von dominanten Gruppen für die Außenwirtschaftspolitik hinreichend hingewiesen (Broz 2000; Frieden 2000; Frieden/ Lake/ Schultz 2016; Kindleberger 2000). Die vorgetragene Argumentation ist ein Beispiel für diesen von der Forschung untersuchten Zusammenhang.

Die Argumentation Stumos verweist auf den von Forschern identifizierten Zusammenhang sozialer Quellen internationaler Wirtschaftsbeziehungen (Helleiner 2008; 2009; Hobson/ Seabrooke 2007; Strange 1971; 1983; 1988).<sup>8</sup> Bislang beruhte die Stabilität transatlantischer Wirtschaftsbeziehungen auf einer dominanten Koalition zwischen europäischen Produzenten und in der Exportindustrie verankerten Gewerkschaften einerseits und den die amerikanische Politik bestimmenden

<sup>8</sup> Nach Susan Strange ist „strukturelle Macht“ die Fähigkeit, die Strukturen der Weltwirtschaft zu formen und zu bestimmen, in denen andere Staaten, deren Institutionen und Unternehmen und Wissenschaftler handeln. Diese Machtform ist relational, weil sie die Beziehungen zwischen Akteuren festlegt. Sie setzt den Rahmen, in denen Akteure Entscheidungen treffen und legt fest, welche Kosten und Nutzen derartige

Entscheidungen zeitigen (Strange 1983; 1988). Ähnliche Überlegungen, wie Macht und/oder Herrschaft ausgeübt werden kann und auf welchen sozialen Quellen diese Ausübung beruht, liegen beispielsweise auch den Arbeiten von Mann und Münkler zugrunde (Mann 1986; 1993; 2008; 2012; 2013; Münkler 2005; 2007a; b; 2016).

Finanzsektor/Dienstleistungssektoren mit großen Überschneidungen zur Freihandel befürwortenden Elite in der Republikanischen Partei andererseits. Die liberale Weltordnung war ein Ergebnis von *bargains* (Susan Strange) zwischen diesen transatlantisch agierenden sozialen Gruppen.<sup>9</sup> Die Konflikte in transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen sind auch eine Folge des Auseinanderbrechens dieser langjährigen transnationalen Koalition. Dieser politikwissenschaftlichen Sicht folgend setzt eine neue Ordnung voraus, dass sich eine andere dominierende Koalition bildet, die sich auf neue transatlantische *bargains* verständigt.

**Transatlantisches Anknüpfungspotential.** Wenn man die Außenwirtschaftspolitik der Trump Administration entlang der vorgetragenen Argumentation als Politikangebot an die produzierenden Unternehmen und ihre Arbeitnehmer begreift, so ergeben sich eigentlich große Überschneidungen zu sozialen Gruppen bzw. Parteien in Europa. Denn ähnliche oder zumindest anschlussfähige Argumente findet man bei der Linkspartei, der SPD und/oder globalisierungsskeptischen Interessengruppen und Bewegungen. Besonders sichtbar wurden deren der Trump Administration nicht unähnliche Argumente in der in Deutschland geführten Debatte über TTIP (Bundeszentrale für politische Bildung 2016; Tuschhoff 2015c). Ferner vertreten diese Gruppen die Forderung nach Stimulierung der Binnenwirtschaft statt exportgetriebenen Wachstums, um eine andere Form von Wohlstand zu mehren, die den bislang unterprivilegierten sozialen Gruppen zugutekäme. Es kommt aber trotz

dieser argumentativen Überschneidungen nicht zu einer transnationalen Koalition über den Atlantik hinweg. Stattdessen verharren beide Seiten in ihren nationalen Echokammern, die verhindern, dass das Potential transnationaler Koalitionsbildung ausgeschöpft wird.<sup>10</sup>

Die Argumentation von *America First* kehrt zwei Rangfolgen um, die bisher für die liberale Weltordnung internationaler Wirtschaftsbeziehungen konstitutiv waren:

**Wohlstand vs. Verteilung.** Die erste Umkehrung betrifft die Frage, ob die Erwirtschaftung von Wohlstand durch internationale Spezialisierung und Arbeitsteilung Vorrang hat vor der Frage, wie die dadurch erzielten Wohlstandsgewinne auf die verschiedenen sozialen Gruppen einer Gesellschaft verteilt werden (Tuschhoff 2015d). In der Vergangenheit wurde dem Diskurs der Wohlstandsmehrung klar der Vorrang vor dem Diskurs der sozialen Wohlstandsverteilung eingeräumt. In den Wirtschaftswissenschaften wird ganz überwiegend die Auffassung vertreten, dass Wohlstand national wie international durch stetige Spezialisierung und Arbeitsteilung erwirtschaftet wird (Tuschhoff 2015b). Freie Märkte mit Zugang für alle ermöglichen Wachstum, das erhebliche Wohlstandserträge abwirft.

Wie die gegenwärtigen Debatten auf beiden Seiten des Atlantiks zeigen, steht heute der Diskurs, wie Wohlstand innergesellschaftlich verteilt wird, deutlich vor dem, wie Wohlstand erwirtschaftet wird. Die Umkehrung der bisherigen Rangfolge der Diskurse kann zu dem Risiko führen, dass gar keine Wohlstandsgewinne mehr erzielt werden, so dass bei der gesellschaftlichen

<sup>9</sup> Für eine tiefer gehende Analyse solcher *bargains* zwischen verschiedenen sozialen Gruppen wie z.B. Managern, Arbeitnehmern und Eigentümern von Unternehmen sowie deren transnationale Dynamik vergleiche Gourevitch/ Shinn (2005)

<sup>10</sup> Man kann den Eindruck gewinnen, dass die – vorwiegend aus dem linken Lager stammenden – TTIP Kritiker ironischerweise in dem

Augenblick verstummt sind, in dem die Trump Administration ihre Argumente in Politikangebote umsetzte. Seither ist der außenwirtschaftspolitische Diskurs in Deutschland wieder zum Ursprung zurückgekehrt. Die herausragende Bedeutung der freien Weltwirtschaft für den Wohlstand einer Exportnation steht wieder im Zentrum der Debatten.

Verteilung nicht mehr Gewinne, sondern Verluste zugewiesen werden müssen. Das würde die Politik jedoch vor ein weitaus größeres Problem beim Umgang mit sozialer Ungleichheit stellen als die Verteilung von Zugewinn.

**Innenpolitik vs. Internationale Beziehungen.** Die zweite Umkehrung bezieht sich auf die Frage, in welcher Rangfolge internationale Politik und Innenpolitik in internationalen Wirtschaftsbeziehungen genutzt werden sollten. Die bisher gültige liberale Weltordnung enthielt in den einschlägig konstitutiven Vereinbarungen wie Bretton Woods, GATT, WTO und (regional) die EU die Vorstellung, dass die vier Grundfreiheiten (Freiheit der Bewegung von Kapital, Güter, Dienstleistungen und Personen) die übergeordneten Prinzipien darstellen (Ikenberry 2018). Diese Prinzipien galten jedoch nie uneingeschränkt oder ausnahmslos. Innenpolitische Maßnahmen zur Kompensation von Freiheitsverlierern waren als Ausnahmeregeln von den konstitutiven Prinzipien zulässig. Beides zusammen – Prinzipien und zulässige Ausnahmen – bildeten den *embedded liberalism* (Ruggie 1982; 1993a; Ruggie 1993b).<sup>11</sup>

Sprachlich schlägt sich diese Umkehrung nieder, indem der Diskurs über freien Handel (*free trade*) abgelöst wurde vom Diskurs des fairen Handels (*fair trade*). Dieser Diskurswandel liegt durchaus weit vor der Amtszeit der Trump-Administration.

Die Probleme von sozialer Ungleichheit, Gewinn- und Verlustverteilung auf gesellschaftliche Gruppen, die früher eine innenpolitische Frage von Kompensation darstellten, bei denen Freihandelsgewinner ihren Wohlstandszuwachs mit den Verlierern

angemessen teilen, werden nunmehr zu Problemen internationaler Beziehungen und deshalb weltpolitisch ausgetragen. Man mag darin durchaus eine Externalisierung des innenpolitischen Unvermögens erkennen, (international erwirtschaftete) Wohlstandsgewinne gerecht auf die verschiedenen sozialen Gruppen einer Gesellschaft zu verteilen. Weil es nicht gelingt, soziale Gerechtigkeit innenpolitisch zu erzeugen, die allgemein akzeptiert und deshalb legitimiert ist, wird das soziale Gerechtigkeitsproblem externalisiert, d.h. auf andere Gesellschaften abgewälzt. Historische Beispiele zur Abwertung der eigenen Währung zeigen, dass die dabei erzielten innenpolitischen Wohlstandsgewinne erkaufte werden mit höherer internationaler Konfliktträchtigkeit (Ahamed 2011).

Eine Rückkehr zur alten Rangfolge der liberalen Weltordnung würde deshalb auch erfordern, die Fähigkeit der Politik wiederherzustellen, Probleme sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit innenpolitisch lösen zu können. Vertreter der liberalen Weltordnung haben diese ihr Projekt bedrohende Herausforderung durchaus – wenn auch spät – erkannt (Colgan/ Keohane 2017). Angesichts der beobachtbaren politischen Polarisierung in der amerikanischen Gesellschaft und der amerikanischen Politik ist damit allerdings nicht zu rechnen.

Die Problematik von Externalisierung innenpolitischer Herausforderung als Folge von politischem Unvermögen zur innenpolitischen Herrschaftsausübung und wirksamen Problemlösung ist auch keineswegs ein rein amerikanisches Problem, sondern durchaus auch in Europa zu beobachten. Im Ergebnis wird es deshalb auf absehbare Zeit bei der

<sup>11</sup> Es ist ein besonders in Europa weit verbreitetes Missverständnis, dass die USA oder andere liberale Marktwirtschaften über keine Kompensationsinstrumente verfügten. Richtig ist, dass vor allem in Europa ausgeprägte Sozialstaaten für die Kompensation von Freihandelsverlierern genutzt werden. In den USA sind dagegen die Kompensationen weniger sichtbar (Mettler

2011) oder werden vor allem über die Fiskalpolitik geleistet (Prasad 2016). Der Unterschied zwischen koordinierten und liberalen Modellen besteht vor allem in der verschiedenen Wirksamkeit von Kompensationen (Beramendi et al. 2015; Hall/ Gingerich 2009; Hope/ Soskice 2016; Piore 2016; Thelen 2012).

Einschränkung der liberalen Weltordnung bleiben.

Da die bisherige liberale Weltordnung als eine Kombination von Prinzipien und erlaubten Ausnahmen angelegt war, ist nicht eindeutig festzustellen, ob die von der Trump-Administration verfolgte Außenwirtschaftspolitik eine Prinzipienverletzung oder die Inanspruchnahme einer gestatteten Ausnahme zur Korrektur gesellschaftlicher Ungleichheit und Ungerechtigkeit darstellt. Ob die liberale Weltwirtschaftsordnung gesprengt wird, weil ihre Prinzipien nachhaltig verletzt werden, oder ob diese Ordnung durch Neujustierung des Gleichgewichts von Prinzipien und Ausnahmen verändert wird, ist offen und wird deshalb politisch argumentativ instrumentalisiert.

Allerdings stellt die Politik der Externalisierung innenpolitisch nicht sozial umverteilbarer Kosten von Globalisierung eine bedeutsame Abweichung vom *embedded liberalism* dar. Denn sie verlagert die Frage der Verteilungsgerechtigkeit von der Innen- und Sozialpolitik auf die internationale Bühne. Es bestehen erhebliche Zweifel daran, dass sie dort wirksamer und vor allem in allgemein akzeptierter und deshalb legitimer Weise gelöst werden kann.

### Schlussfolgerung

Offen ist, ob Argumente, wie die hier vorgebrachten, Teil der politischen

Verhandlungen zwischen den Regierungsvertretern der USA einerseits und Europas bzw. Deutschlands andererseits sind. Es ist nicht bekannt, ob die amerikanische Delegation z.B. bei G7 diese Argumente in die Verhandlungen einbringt.

Die Herausforderung bleibt, geringere Wohlstandsgewinne oder sogar -verluste, die entstehen, weil die liberale Weltordnung untergraben wird, gesellschaftlich verteilen zu müssen. Angesichts der zunehmenden Schwäche politischer Autorität und Herrschaft bei steigenden gesellschaftlichen Erwartungen und Ansprüchen ist vorzusehen, dass die Konflikte sowohl innenpolitisch als auch international eher zu- statt abnehmen. Die erforderliche Fähigkeit Europas, die liberale Weltordnung allein aufrechtzuerhalten (Bindenagel 2018; Dworkin/ Leonard 2018; Maas 2018), wird vermutlich deutlich überschätzt.

Schließlich werden nicht nur von Zöllen betroffene Staaten, sondern auch betroffene Unternehmen auf die Politik der Trump-Administration reagieren. Deren Handlungsmöglichkeiten wurden auch relativ zu Staaten im Zuge der Globalisierung beträchtlich ausgeweitet (Stopford/ Strange 1991; Strange 1992; 1996). Unternehmensberatungen entwickelten bereits bedenkenswerte Vorschläge, wie international tätige Firmen reagieren können (Alanis et al. 2018a; Alanis et al. 2018b).

### Literatur

- Ahamed, Liaquat (2011), 'Currency Wars, Then and Now', *Foreign Affairs*, 90 (2): 92-103.
- Alanis, Daniel/ Burke, Dustin/ Gilbert, Marc/ Knizek, Claudio/ McAdoo, Michael (2018a), *Winners and Losers in a Post-NAFTA World*. Boston Consulting Group München: Boston Consulting Group. (online: <https://www.bcg.com/de-de/publications/2018/winners-losers-post-north-american-free-trade-agreement-world.aspx>, abgerufen: 15. Juni 2018.)
- Alanis, Daniel/ Gilbert, Marc/ Ketels, Christian/ Knizek, Claudio/ McAdoo, Michael (2018b), *What the Trump Tariffs Mean for Global Business*. Boston Consulting Group München: (online: <https://www.bcg.com/de-de/publications/2018/what-trump-tariffs-mean-for-global-business.aspx>, abgerufen: 15. Juni 2018.)
- Autor, David H./ Dorn, David/ Hanson, Gordon H. (2013), 'The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States', *American Economic Review*, 103 (6): 2121-2168.

- Autor, David H./ Dorn, David/ Hanson, Gordon H. (2016), *The China Shock: Learning from Labor Market Adjustment to Large Changes in Trade*: National Bureau of Economic Research, NBR Working Paper Series 21906 21906 Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.
- Balan, George-D. (2013), 'The Latest United States Sanctions Against Iran: What Role to the WTO Security Exceptions?', *Journal of Conflict and Security Law*, 18 (3): 365-393.
- Beramendi, Pablo/ Häusermann, Silja/ Kitschelt, Herbert/ Kriesi, Hanspeter (2015), *The Politics of Advanced Capitalism*, 1. publ. Aufl. Cambridge, UK; New York, NY: Cambridge University Press.
- Bindenagel, James (2018), Kampflos aufgeben? Niemals!, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1. Juni 2018, 2
- Böller, Florian/ Hagemann, Steffen (2017), 'Einführung. Externe und interne Herausforderungen für die transatlantische Sicherheits-, Werte- und Wohlfahrtsgemeinschaft' in: Florian Böller/ Hagemann, Steffen/ Opitz, Anja/ Wilzweski, Jürgen (Hrsg.), *Die Zukunft der transatlantischen Gemeinschaft. Externe und interne Herausforderungen* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 9-26.
- Broz, Lawrence (2000), 'The Domestic Politics of International Monetary Order: The Gold Standard' in: Jeffrey A. Frieden/ Lake, David A. (Hrsg.), *International Political Economy. Perspectives on Global Power and Wealth*, 4. Aufl. Belmont, CA et.al.: Thomson & Wadsworth, 199-219.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2016), *Debatte: Freihandel vs. Protektionismus*. Bundeszentrale für politische Bildung Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. (online: [http://www.bpb.de/system/files/pdf\\_pdflib/pdflib-231653.pdf](http://www.bpb.de/system/files/pdf_pdflib/pdflib-231653.pdf), abgerufen: 9. Oktober 2016.)
- Coalition for a Prosperous America (2018a), 'An Explanation of the Competitive Dollar for Jobs and Prosperity Act', (online: [http://www.prosperousamerica.org/short\\_memo](http://www.prosperousamerica.org/short_memo), abgerufen: June 12, 2018).
- Coalition for a Prosperous America (2018b), 'The Overvalued Dollar Problem', (online: [http://www.prosperousamerica.org/the\\_overvalued\\_dollar\\_problem](http://www.prosperousamerica.org/the_overvalued_dollar_problem), abgerufen: June 12, 2018).
- Colgan, Jeff D./ Keohane, Robert O. (2017), 'The Liberal Order is Rigged. Fix It Now or Watch It Wither', *Foreign Affairs*, 96 (3): 36-44.
- Davis, Aeron/ Walsh, Catherine (2017), 'Distinguishing Financialization from Neoliberalism', *Theory, Culture & Society*, 34 (5-6): 27-51.
- Davis, Aeron/ Williams, Karel (2017), 'Introduction: Elites and Power after Financialization', *Theory, Culture & Society*, 34 (5-6): 3-26.
- Diermeier, Matthias/ Hüther, Michael/ Jung, Markos (2018), *It's Business Models, Stupid!*: Institut der Deutschen Wirtschaft, IW-Kurzberichte 36 36 Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft.
- Dworkin, Anthony/ Leonard, Mark (2018), *Can Europe Save the World Order?*: European Council on Foreign Relations, Policy Brief 260 260 London, UK: European Council on Foreign Relations. (online: [http://www.ecfr.eu/page/-/can\\_europe\\_save\\_the\\_world\\_order.pdf](http://www.ecfr.eu/page/-/can_europe_save_the_world_order.pdf), abgerufen: June 12, 2018.)
- Fabre, Cécile (2016), 'Secondary Economic Sanctions', *Current Legal Problems*, 69 (1): 259-288.
- Felbermayer, Gabriel/ Südekum, Jens (2018), Transatlantische Machtprobe, in: *Handelsblatt*, 25./26./27. Mai 2018, 72
- Felbermayr, Gabriel (2018), *Zölle im transatlantischen Handel: Worauf, wie viel und wie gerecht?*: Ifo Institut, Schnelldienst 6 6 München: Ifo Institut.



- Felbermayr, Gabriel/ Braml, Martin (2018), *On the EU-US Current Account*. European Network for Economic and Fiscal Policy Research, EconPol Policy Report 07 07 Munich: European Network for Economic and Fiscal Policy Research.
- Felbermayr, Gabriel/ Sandkamp, Alexander (2018), *Trumps Importzölle auf Stahl und Aluminium*: ifo, ifo Schnelldienst 6/2018 6/2018 München: (online: <https://www.cesifo-group.de/DocDL/sd-2018-06-felbermayr-sandkamp-zoelle-stahl-2018-03-22.pdf>, abgerufen: 20. März 2018.)
- Frieden, Jeffrey A. (2000), 'Exchange Rate Politics' in: Jeffrey A. Frieden/ Lake, David A. (Hrsg.), *International Political Economy. Perspectives on Global Power and Wealth*, 4. Aufl. Belmont, CA et.al.: Thomson & Wadsworth, 257-269.
- Frieden, Jeffrey A./ Lake, David A./ Schultz, Kenneth A. (2016), *World Politics. Interests, Interactions, Institutions*, 3rd International Students Edition. Aufl. New York, NY; London, UK: W.W. Norton.
- Gourevitch, Peter A./ Shinn, James j. (2005), *Political Power and Corporate Control. The New Global Politics of Corporate Governance* Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Hall, Peter A./ Gingerich, Daniel W. (2009), 'Varieties of Capitalism and Institutional Complementarities in the Political Economy: An Empirical Analysis', *British Journal of Political Science*, 39 (3): 449-482.
- Heires, Marcel/ Nölke, Andreas (2014), 'Finanzialisierung' in: Joscha Wullweber/ Graf, Antonia/ Behrens, Marian (Hrsg.), *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie* Wiesbaden: Springer VS, 253-266.
- Helleiner, Eric (2008), 'Political Determinants of International Currencies: What Future for the US Dollar?', *Review of International Political Economy*, 15 (3): 354-378.
- Helleiner, Eric (2009), 'Enduring Top Currency, Fragile Negotiated Currency. Politics and the Dollar's International Role' in: Eric Helleiner/ Kirshner, Jonathan (Hrsg.), *The Future of the Dollar* Ithaca, NY; London, UK: Cornell University Press, 69-87.
- hig (2018), Deutsche Eliten pochen auf Schutz vor China, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Mai 2018, 15
- Hobson, John M./ Seabrooke, Leonard (2007), 'The Everyday Social Sources of Imperial and Hegemonic Financial Orders', *Everyday Politics of the World Economy* Cambridge, UK; New York, NY: Cambridge University Press, 83-102.
- Hope, David/ Soskice, David (2016), 'Growth Models, Varieties of Capitalism, and Macroeconomics', *Politics & Society*, 44 (2): 209-226.
- Hüther, Michael (2018), 'Wie Europa auf Trumps Iran-Politik reagieren muss', (online: <https://www.iwkoeln.de/presse/gastbeitraege/beitrag/michael-huether-wie-europa-auf-trumps-iran-politik-reagieren-muss.html>, abgerufen: 25. Mai 2018).
- Ikenberry, G. John (2011), 'The Future of the Liberal World Order', *Foreign Affairs*, 90 (3): 56-68.
- Ikenberry, G. John (2017), 'The Plot against American Foreign Policy. Can the Liberal Order Survive?', *Foreign Affairs*, 96 (3): 2-9.
- Ikenberry, G. John (2018), 'The End of Liberal International Order?', *International Affairs*, 94 (1): 7-23.
- Ikenberry, G. John/ Slaughter, Anne-Marie (2006), *Forging a World of Liberty under Law. U.S. National Security in the Twenty-First Century*. Princeton, NJ: Woodrow Wilson School of Public and International Affairs, Princeton University.
- International Institute For Strategic Studies (2018), 'The Future of JCPOA', *Strategic Comments*, 24 (15)
- Jung, Markos (2018), 'Handelsbilanz: Nebelkerzen aus Amerika', Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft (online: <https://www.iwd.de/artikel/handelsbilanz-nebelkerzen-aus-amerika-389431/>, abgerufen: 25. Mai 2018).

- Kemmann, Ansgar (2013), 'Debatte' in: Björn Rothstein/ Müller, Claudia (Hrsg.), *Kernbegriffe der Sprachdidaktik Deutsch. Ein Handbuch* Hohengehren: Schneider, 41-43.
- Kindleberger, Charles P. (2000), 'The Rise of Free Trade in Western Europe' in: Jeffrey A. Frieden/ Lake, David A. (Hrsg.), *International Political Economy. Perspectives on Global Power and Wealth*, 4. Aufl. Belmont, CA et.al.: Thomson & Wadsworth, 73-89.
- Maas, Heiko (2018), 'Rede von Außenminister Heiko Maas: "Mut zu Europa - #Europe United"', (online: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-europeunited/2106420>, abgerufen: 14. Juni 2018).
- Maclean, Mairi/ Harvey, Charles/ Kling, Gerhard (2017), 'Elite Business Networks and the Field of Power: A Matter of Class?', *Theory, Culture & Society*, 34 (5-6): 127-151.
- Mann, Michael (1986), *The Sources of Social Power. Volume 1: A History of Power from the Beginning to A.D. 1760* Cambridge, UK/ New York, NY: Cambridge University Press.
- Mann, Michael (1993), *The Sources of Social Power. Volume 2: The Rise of Classes and Nation-States, 1760-1914* Cambridge, UK/ New York, NY: Cambridge University Press.
- Mann, Michael (2008), 'Infrastructural Power Revisited', *Studies in Comparative International Development*, 43 (3-4): 355-365.
- Mann, Michael (2012), *The Sources of Social Power Volume 3: Global Empires and Revolution, 1890-1945* Cambridge, UK; New York, NY: Cambridge University Press.
- Mann, Michael (2013), *The Sources of Social Power Volume 4: Globalizations, 1945-2011* Cambridge, UK; New York, NY: Cambridge University Press.
- Mettler, Suzanne (2011), *The Submerged State. How Invisible Government Policies Undermine American Democracy* Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Münkler, Herfried (2005), 'Das neue Empire der USA', *Rote Revue: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur*, 83 (1): 22-27.
- Münkler, Herfried (2007a), 'Die Renaissance des Empire als Herrschaftsform und seine Bedeutung für die internationalen Beziehungen heute' in: Stefani Weiss/ Schmierer, Joscha (Hrsg.), *Prekäre Staatlichkeit und Internationale Ordnung* Wiesbaden: VS Sozialwissenschaften, 30-41.
- Münkler, Herfried (2007b), 'Imperiale Ordnung. Die Governance-Leistung von Imperien in komparativer Perspektive' in: Marianne Beisheim/ Schnuppert, Gunnar Folke (Hrsg.), *Staatszerfall und Governance* Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 263-284.
- Münkler, Herfried (2016), *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft - vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, 4. Aufl. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Piore, Michael J. (2016), 'Varieties of Capitalism Theory', *Politics & Society*, 44 (2): 237-241.
- Prasad, Monica (2016), 'American Exceptionalism and the Welfare State: The Revisionist Literature', *Annual Review of Political Science*, 19 (1): 187-203.
- Rohr, Mathieu von/ Schult, Christoph (2018), "Der amerikanische Präsident zerstört die amerikanische Weltordnung", in: *Der Spiegel*, 21, 19. Mai 2018, 89.
- Ruggie, John G. (1982), 'International Regimes, Transactions, and Change', *International Organization*, 36 (2): 379-415.
- Ruggie, John G. (1993a), 'Multilateralism: The Anatomy of an Institution' in: John G. Ruggie (Hrsg.), *Multilateralism Matters. The Theory and Practice of an Institutional Form* New York, NY: Columbia University Press, 3-47.
- Ruggie, John Gerard (1993b), *Multilateralism Matters. The Theory and Praxis of an Institutional Form* New York, N.Y.: Columbia University Press.
- Stopford, John M./ Strange, Susan (1991), *Rival States, Rival Firms. Competition for World Market Shares* Cambridge, UK; New York, NY; Port Chester, Melbourne; Sydney: Cambridge University Press.
- Strange, Susan (1971), *Sterling and British Policy. A Political Study of an International Currency in Decline* London, UK: Oxford University Press.

Christian Tuschhoff – Trump und die liberale Weltwirtschaftsordnung

- Strange, Susan (1983), 'Cave! hic dracones: A Critique of Regime Analysis' in: Stephen D. Krasner (Hrsg.), *International Regimes*, 3rd. Aufl. Ithaca; NY; London, UK: Cornell University Press, 337-354.
- Strange, Susan (1988), *States and Markets. An Introduction to International Political Economy* London, UK: Pinter.
- Strange, Susan (1992), 'States, Firms and Diplomacy', *International Affairs*, 68 (1): 1-15.
- Strange, Susan (1996), *The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy*, 1. publ. Aufl. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Stumo, Michael/ Ferry, Jeff (2018), 'Competitive Dollar for Jobs and Prosperity Act & Market Access Charge Education and Advocacy', (online: [http://www.prosperousamerica.org/cdjp\\_act\\_webinar](http://www.prosperousamerica.org/cdjp_act_webinar), abgerufen: June 12 2018).
- Tehrani, Ramin (2016), 'US Secondary Sanctions und ihre Bedeutung für die Versicherungswirtschaft - das Ende der Neutralität?', *Versicherungsrecht*, 67 (2): 85-.
- Thelen, Kathleen (2012), 'Varieties of Capitalism: Trajectories of Liberalization and the New Politics of Social Solidarity', *Annual Review of Political Science*, 15 (1): 137-159.
- Tuschhoff, Christian (2015a), 'Distanzverbreiterung vs. Gemeinschaftsbildung: Die Rolle von Medien und Denkfabriken bei der Verarbeitung der Rede von Bundespräsident Gauck', *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. Sonderheft 6 herausgegeben von Gunther Hellmann, Daniel Jacobi, Ursula Stark Urrestarazu*, 8 (1): 99-122.
- Tuschhoff, Christian (2015b), *Internationalen Beziehungen* Konstanz; München: UVK Verlagsgesellschaft.
- Tuschhoff, Christian (2015c), 'Strategien und Rechtfertigungen des Freihandels. Vom wirtschaftlichen zum sicherheitspolitischen Narrativ', *Aus der Forschung* (3): 1-7.
- Tuschhoff, Christian (2015d), 'Win-Win oder Nullsumme? Zum praktischen Nutzen des theoretischen Konzepts vom komparativen Vorteil', *Aus der Forschung* (2): 1-6.
- Wolf, Reinhard (2017), 'Donald Trump's Status-Driven Foreign Policy', *Survival*, 59 (5): 99-116.